

Über Kapitalfluten und Hochwasserschutz

Was Dämme, Polder und Spundwände mit ABM, Hartz IV, Rettungsschirmen und ESM zu tun haben.

Machen Niedrigzinsen unsere Altersvorsorge kaputt?

In den Medien erhebt sich derzeit der ganz große Aufschrei: Der Niedrigzins bringe unsere gesamte Altersversorgung zum Einsturz. Es drohe Altersarmut. „Und sie wird nicht nur die ohnehin schon Armen erwischen, sondern jene Mittelschicht, die bisher immer glaubte, alles richtig zu machen“. Nicht nur den Armgemachten drohe Altersarmut – auch die bisher als privilegiert geltenden „Architekten, Rechtsanwälte und Ärzte müssen um ihre Rentenansprüche bangen“. Und so ganz nebenbei auch viele Zinsgegner, die ja meist nicht gerade zur Unterschicht zählen. „Die niedrigen Zinsen sind allenfalls gut für Hauskäufer, die Banken und vor allem für Regierungen“ schreibt DER SPIEGEL.^{1.)} Und für Miethaie.

Was ist passiert? Über ein Jahrhundert lang wollten die Zinsgegner den Zins abschaffen. Nun ist er praktisch abgeschafft und nichts ist besser geworden. Im Gegenteil: Jetzt droht Altersarmut. Haben die Zinsgegner sich doch fundamental geirrt? Haben sie nicht bedacht, dass Niedrigzinsen nun einmal jede Altersversorgung kaputt machen werden? Sind sie plötzlich auf Seite der „Hauskäufer“, „Banken und...Regierungen“^{1.)}? Oder sind umgekehrt die Regierungen zu ihnen übergelaufen? Der Staat als Zinsgegner, Konvertit, Renegat?

Halten wir erst einmal fest: am bisherigen Beuteschema hat sich wenig geändert. Verlierer sind nach wie vor die Wertschöpfenden, Arbeitenden, Arbeitslosen, Armgemachten, Alleinerziehenden, Rentner und Schuldner. Und Gewinner sind nach wie vor die Besitzenden, Großgläubiger, Spekulanten, Investoren, Hauskäufer und Miethaie. Nur etwas hat sich geändert: die Regierungen haben entdeckt, wie sich auf Kosten der Millionen Kleingläubiger einen blanken Fuß machen können, wie sie am elegantesten ihre gewaltigen Staatsschulden auf die Bevölkerungen abwälzen können. Nach der Masche mit Rettungsschirmen und Sparzwang nun die mit Nullzinspolitik, Inflation und privater Altersvorsorge. Auch diese Masche ist uralt. Schon immer haben Staaten sich so ihrer Kriegs- und Krisenschulden entledigt. Und deshalb ist das alles auch seit eh und je frühzeitig vorausgesagt worden, meist von der kritischen Wissenschaft und manchmal von den jeweiligen Oppositionen der jeweiligen Regierungen.

Aber wenn doch Hochzinsen schlecht sind, weil sie die zunehmende Ungleichverteilung verstärken – wieso sind dann Niedrigzinsen und Nullzinsen nicht gut? Ganz einfach: Wenn man durch Hochzinsen erst einmal ein Riesengebirge aus privaten Vermögensüberschüssen der Reichen und Superreichen geschaffen hat, und auf der anderen Seite einen entsprechenden Sumpf aus öffentlicher Verschuldung, gehen die durch Niedrigzinsen nicht einfach wieder weg. Man sitzt in der Falle. Es ist wie bei Keynes: Hat man das Defizit-Spending in guten Zeiten versäumt, führt es in schlechten Zeiten immer weiter in den Sumpf. Hat man die Niedrigzinsen in den guten Zeiten versäumt, führen sie in schlechten Zeiten immer weiter in den Sumpf. Aus diesem Sumpf führt keine Sparpolitik mehr heraus, weil sie den letzten Hauch von Aufschwung abwürgt. Und umgekehrt keine Ausgabenpolitik mehr, weil den Staatsschuldensumpf noch weiter vergrößert. Sumpf bleibt Sumpf.

Auch Niedrigzins, Abschaffung der Zinsen, Regiogeld, Vollgeld oder Umlaufsicherung können nicht die privaten Vermögensgroßgebirge und die öffentlichen Armutssümpfe beseitigen. Sie können die bestehende Ungleichverteilung nicht alleine überwinden, wohl aber die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöhen und damit z.B. die Wirtschaft in Notzeiten ankurbeln wie in Wörgl.

Weshalb ist die Altersvorsorge denn dann bedroht?

Tatsächlich ist die Altersvorsorge nicht durch den Niedrigzins bedroht, sondern durch die gewaltige, mutwillige Fehlverteilung unseres Wohlstands in den letzten 40 Jahren. Schon im Jahr 2006 galt: „Noch nie in der Geschichte waren Reichtum und Wohlstand in Deutschland so groß wie heute... Seit 1971 haben sich

- sein jährliches Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt
- sein jährlicher Exportüberschuss mehr als verfünzfach
- seine privaten Geldvermögen mehr als verdreizehfach.

An eine gleich gebliebene Bevölkerung gibt es also gegenüber 1971 das Doppelte an Gütern und Dienstleistungen zu verteilen^{2.)}. Diese Zahlen haben sich seitdem ganz bestimmt nicht verringert und werden sich auch in nächster Zeit zumindest in Deutschland vermutlich nicht verringern. Allenfalls wird sich ihr Anstieg verlangsamen. Und diese Zahlen wurden erwirtschaftet, obwohl schon damals das Gleiche wie heute behauptet wurde, dass nämlich „immer weniger Junge immer mehr Alte versorgen müssen“^{3.)}. Exkanzler Schröder sagte immer „für die Alten bluten müssen“. Diese Behauptung ist wissentlich falsch. Richtig ist vielmehr umgekehrt: Obwohl der Anteil der Älteren und Arbeitsunfähigen immer größer geworden ist, haben sich Sozialprodukt und Wohlstand in den letzten 35 Jahren verdoppelt. Auch an die immer mehr Alten und Arbeitsunfähigen gab und gibt es das Doppelte zu verteilen. Das wollen Leute wie Schröder, Müntefering, Clement, Riester, Rürup und Hartz nicht wahrhaben. Warum wohl? Und auch der SPIEGEL ist auf ganzer Länge auf das schöne alte Märchen hereingefallen, schuld am Zusammenbruch der Altersversorgung seien demographischer Wandel, Inflation und Niedrigzinsen.

Wieso konnte trotz immer mehr Alter, Arbeitsunfähiger und Arbeitsloser und trotz (bis 1990) abnehmender Arbeitszeit in nur 35 Jahren das Sozialprodukt verdoppelt werden? Antwort: Weil die sogenannte Produktivität stets noch schneller gewachsen ist als die Lebenserwartung. Weil immer mehr Menschenarbeit an Maschinen und Computer abgegeben wurde und so das Wirtschaftsergebnis pro Arbeitsstunde, die sogenannte Produktivität, immer rasanter angestiegen ist. „1960 wurde das damalige Bruttoinlandsprodukt noch mit 56,47 Mrd. Arbeitsstunden erwirtschaftet. Bereits 2004 wurde mit nur 46,13 Mrd. Arbeitsstunden bereits ein BIP erwirtschaftet, das 3,3 mal so groß war wie das von 1960. Mit nur 81,7 % der Arbeitsstunden von 1960 wurden also 332% des BIP von 1960 erwirtschaftet. D.h. **die Arbeitsproduktivität...hatte sich in nur 44 Jahren vervierfacht**“^{4.)}. Und sie wird auch in Zukunft weiter ansteigen, was sehr anschaulich in einem anderen Beitrag des SPIEGEL gezeigt wird^{5.)}.

Wir können jetzt präzisieren: Das Vierfache des Sozialprodukts konnte nicht erwirtschaftet werden, **obwohl**, sondern **weil** die Zahl der Alten und Arbeitsunfähigen so rasant gestiegen war. Denn ohne diesen rasanten Anstieg, hätte es nie den nötigen Innovationsdruck gegeben, um die Maschinisierung so schnell voranzutreiben. Hätte China den Anteil der Jungen durch die Ein-Kind-Politik nicht so drastisch gebremst, wäre es heute noch auf dem Technologie-Stand von Indien. Diese Feststellung all den Mutterkreuzlern ins Stammbuch, die glauben, wir Deutschen stürben aus. Obwohl unser Land doppelt so dicht besiedelt ist wie Frankreich und fünfmal so dicht wie Schweden. Wo man übrigens keine Angst hat, auszusterben.

Nächste Frage: Wo ist der erwirtschaftete doppelte Wohlstand geblieben? Dazu die Fortsetzung des o.a. Zitats von 2006: „Ebenfalls seit 1971 haben sich in Deutschland auch:

- die Armut mehr als verdoppelt
- die Arbeitslosigkeit mehr als verdreifacht
- die Staatsschulden mehr als vervierzefach^{2.)}

Beim Staat und bei 50% der Bevölkerung ist das verdoppelte Sozialprodukt also bestimmt nicht angekommen. Bruchteile der Zuwächse sind allenfalls bei denen angekommen, die inzwischen ein schuldenfreies Einfamilienhaus oder anderes Vermögen erarbeitet haben. Das zeigt eindeutig die Vermögensstatistik des DIW^{7.)}. Aber auch die geringen schuldenfreien Vermögen der

Normalverdiener sind größtenteils nicht aus der vervierfachen Produktivität oder den verfünffachenden Exportüberschüssen entstanden, sondern aus schlichter „Akkumulation“, aus Sparen und Verzicht. Produktivitätszuwächse und Exportüberschüsse sind dagegen vor allem bei den verdreizehnfachen privaten Großvermögen gelandet. Und dort wiederum zum pro Kopf kleineren Teil bei jenen oberen 10% der Bevölkerung, die inzwischen 66% der gesamten Vermögen besitzen. Zum pro Kopf größeren Teil bei den Großvermögen der berühmten 1%, die inzwischen bereits über 35,8% der gesamten Vermögen verfügen. Sie sind es, die den größten Teil der Armut und der Staatsschulden verursachen.

Überdies ist das System der staatlichen Altersvorsorge zu einem nicht unerheblichen Teil auch selber schuld an der Fehlverteilung der gewaltigen Produktivitätszuwächse. Es wurde zwar scheinheilig „Umlageverfahren“^{8.)} genannt. In Wirklichkeit sorgte es aber genau dafür, dass die explodierenden Produktivitätszuwächse gerade nicht auf die Bevölkerungen „umgelegt“ wurden. Sie wurden eben nicht zum Aufbau einer funktionierenden Altersversorgung herangezogen, sondern wanderten einseitig auf die privaten Konten der Maschinenbesitzer. „Die Reichen wurden von vornherein von der Umlagepflicht ausgenommen... Die Kapitaleseite erntet einseitig die Maschinerisierungsgewinne, die Früchte der Industrialisierung. Und die Arbeitsseite trägt nicht nur einseitig die Folgen der Industrialisierung, sondern wird auch noch gezwungen, sich gegen diese Industrialisierungsfolgen gefälligst untereinander selbst zu versichern“^{9.)}. Alles nur, damit die explodierenden Produktivitätszuwächse ungeschmälert den Reichen zufließen können. Schon immer war es wenig plausibel, wieso ausgerechnet der Sozialistenhasser Bismarck den Grundstein für eine wirklich soziale Sozialversicherung gelegt haben soll.

Wären die gigantischen Produktivitätszuwächse auch auf den Privatkonten der 1% Superreichen gelandet, wenn es keinen Zins gegeben hätte? Mit Sicherheit. Großanleger können dann ja bequem ausweichen, z.B. auf die zahlreichen neuen „Finanzprodukte“. Oder auf Aktien, die bekanntlich bei Niedrigzinsen boomen. Kleinanleger können das nicht ohne weiteres, zum einen, weil ihr Kapital für die erforderliche Risikostreuung nicht ausreicht, zum anderen, weil sie sich keine zeitnahe Marktbeobachtung leisten können. Wenn sie am Freitag in der Tagesschau von einem beginnenden Kursverfall hören und am Montag früh zu ihrer Sparkasse kommen, haben die Hochfrequenzdealer schon alles abgeräumt und die Kurse sind im Keller. Kleinanleger haben auch deshalb das Nachsehen, weil die Regierungen sich zumindest bis vor ganz kurzem überhaupt nicht bemüht haben, an die Offshore-Vermögen der sogenannten „Eliten“ heranzukommen. Stattdessen halten sie sich an die Renten, Pensionen und an die private Altersversorgung der Mittelschicht. Schande über den, der etwa denkt, Schröder, Clement, Riester und Rürup hätten die Altersvorsorge nur deshalb privatisiert, um eines Tages über Niedrigzinsen und Inflation besser an sie heranzukommen. Wir sehen also: Hohe Zinsen sind das Kapitalismusunstrument für die erste Phase, um die Produktivitätszuwächse auf die privaten Großkonten zu schaffen und symmetrisch dazu die Schulden auf die Staatskonten. Und Niedrigzinsen sind das Kapitalismusunstrument für die zweite Phase, in der man uns weismacht, ohne sie käme man von den plötzlich ach so schädlichen Staatsschulden nicht wieder runter.

Nicht demographischer Wandel und Niedrigzins sind also Ursache der zusammenbrechenden Altersversorgung, sondern die jahrzehntelange einseitige Fehlverteilung der gewaltigen Produktivitätszuwächse an die Kapitaleseite. Diese Umverteilung von unten nach oben wurde vor allem durch Zinsen, Mehrwert und Renditen verursacht, sowie durch zusätzliche Befreiung der Reichen von der Beteiligung an der Altersvorsorge. Durch Niedrigzins und Inflation wird das heute nicht etwa rückgängig gemacht, sondern nur weiter verschärft.

In Wirklichkeit gibt es nur einen einzigen Weg, um die gewaltigen Höhenunterschiede zwischen Reich und Arm wieder zu verringern: die privaten Vermögens-Großgebirge müssen langsam wieder abgebaut werden, um mit dem Material die öffentlichen Schuldensümpfe zu verfüllen. Allerdings nicht durch 1 – 2%, wie es die Parteien kurz vor der Wahl gerne vorschlagen, um in die Tagesschau zu kommen. Nicht mit Schaufelchen oder Schubkarre. Soziale Ungleichverteilung und Gefährdung der Altersvorsorge lassen sich inzwischen nur noch mit schwerem Gerät rückgängig machen.

Über Parallelitäten falscher Reaktionssmuster

Im Spätkapitalismus beginnen sich die falschen Erklärungsmuster einander immer mehr anzugleichen. Nehmen wir zum Beispiel das derzeitige Hochwasser in Deutschland. Seine ziemlich monokausale Hauptursache ist die Bodenversiegelung, die Zubetonierung unserer Landschaft und die Beseitigung natürlicher Auen und Überschwemmungsgebiete. Die immer häufigeren Extremwetterlagen aufgrund des CO₂-Ausstoßes sind hier eher Nebenursachen. Es gab auch früher gelegentlich solche Niederschlagsmengen. Das Ausmaß der Bodenversiegelung kann sich heute kaum noch irgend jemand richtig vorstellen. Wer weiß schon noch, wie Deutschland vor 60 Jahren einmal aussah? Damals gab es auf den Dörfern noch keine Asphaltstraßen und keine asphaltierten Hofflächen. Bei Regen musste man mit Gummistiefeln durch den Matsch laufen. Noch 1990 waren in der früheren DDR viele Landstraßen mit Kopfsteinpflaster versehen. Seit den 60er Jahren hat man mit der Bodenversiegelung begonnen. Jeden Tag durchschnittlich 116 ha, gleich 1,16 km². 423 km² pro Jahr, 21 150 km² in 50 Jahren gleich 145,3 x 145,3 km. 2011 waren insgesamt 22 000 km² versiegelt. Das entspricht der gesamten Fläche Hessens. Im Grunde haben die Flutopfer ihr Hab und Gut nur deshalb zweimal verloren, damit man in deutschen Dörfern auch bei Regen in Stöckelschuhen herumlaufen kann und nur noch bei Hochwasser Gummistiefel anziehen muss.

Was hat das mit der Altersversorgung zu tun? Ganz einfach: Die Reaktionsschemata der Politik sind immer die gleichen: Die immer schnellere Folge der „Jahrtausendfluten“ lässt sich nur verhindern, indem man die Ursache Bodenversiegelung durch Entsiegelung rückgängig macht. Oder wenigstens eine absolute Baustopp in gefährdeten Gebieten durchsetzt. Genau dazu ist die Politik aber nicht mehr fähig. Was macht sie stattdessen? Sie lässt am einen Ende die tägliche Bodenversiegelung munter weiterlaufen und versucht sie am anderen Ende scheinheilig durch Herumbasterei an den Symptomen oder ständige vergebliche Wiederherstellung des Vorzustandes ungeschehen zu machen: Statt Hochwasservermeidung Milliarden für sogenannten „Hochwasserschutz“. Demontable Schutzwände, Deicherhöhungen, Entlastungspolder. Es muss nur möglichst viel Geld kosten und „Wachstum und Arbeitsplätze schaffen“. Und Gewinne für Unternehmer und Anleger. Anders kann Kapitalismus nicht mehr reagieren. Alles natürlich auch noch immer zu spät und mit lächerlichen oder zynischen Ausreden garniert. „Ich kann doch nichts dafür, dass es fünf Tage lang regnet“ (Sachsens Ministerpräsident). „Ein Gutes hat das Hochwasser: Es weckt eine nie dagewesene Solidarität und Hilfsbereitschaft“. Als nächstes sagen sie noch: Bodenversiegelung und aussichtsloser Wiederaufbau seien Erziehung zur Solidarität.

Genau so ist es mit aller vermeintlichen Krisenbewältigung. Finanzkrise, wachsende soziale Ungleichverteilung und Zusammenbruch der Altersvorsorge lassen sich nur verhindern, indem man die gemeinsame Hauptursache rückgängig macht: die jahrzehntelange Fehlverteilung der ungeheuren Produktivitätszuwächse auf die privaten Konten der Reichen. Indem man mit den oft leistungslos ergaunerten privaten Vermögensüberschüssen der Reichen und Superreichen die staatlichen Schuldensümpfe und Vorsorgelöcher verfüllt. Was macht man stattdessen? Man verdonnert an einem Ende die Bevölkerungen zu Sparprogrammen, lässt aber am anderen Ende die leistungslose Anhäufung privater Milliarden munter weiter exponentiell ansteigen. Und bastelt scheinheilig ein bisschen an den Folgen herum. Immer das gleiche Schema: **Man kehrt die verursachenden Prozesse nicht um, sondern lässt sie unbehelligt weiter laufen und versucht stattdessen am anderen Ende mit viel Aufwand ein paar Symptome ein wenig zu lindern.** Selbst die Arbeitslosigkeit und das schreckliche Schicksal der Jugend Südeuropas ließe sich durch entsprechende Arbeitszeitverkürzung auf einen Schlag beseitigen. Und der volle Lohnausgleich dürfte bei verdoppeltem Sozialprodukt und vervierfachter Produktivität wahrlich kein Problem sein. Stattdessen überall Flickschusterei und Augenwischerei, noch dazu am falschen Ende. Was bei den Fluten die Spundwände, Deicherhöhungen, künstlichen Rückhaltebecken und Wiederaufbauhilfen, sind bei Ungleichverteilung, Altersvorsorge und Arbeitslosigkeit „ABM-Maßnahmen“, „Hartz IV“, „Agenda 2010“, „Praktika“, „Ein-Euro-Jobs“, „Leiharbeit“, „Privatisierung“, „Umlageverfahren“ und „Deckelung der Beitragspflicht“. Und bei der Finanzkrise „EFSF“, „EMS“ und „Rettungsschirme“. Einfache, nahezu monokausale Vorgänge werden in Ausschüssen und Diskussionssendungen mit willig beklatschten „Plapperpromis“ so lange künstlich verkompliziert, bis die von vornherein feststehende provisorische Strategie der Kapitaleseite als

rational und „alternativlos“ erscheint. Statt dauerhafter Heilung immer nur trotzige vorübergehende Reparatur.

Anmerkungen:

- 1.) Alle Zitate aus DER SPIEGEL 19/2013, Titelgeschichte, S. 63, 68.
- 2.) Verf. in Humanwirtschaft 2/06, S. 13.
- 3.) DER SPIEGEL 19/2013, S. 63)
- 4.) Verf. in: „Arbeitswende“, 2013, S. 21. Zu bestellen über: pad-Verlag, Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen.
- 5.) DER SPIEGEL 18/2013, S.62ff.
- 6.) Verf. In Humanwirtschaft 02/2006, S. 13
- 7.) s. ausf. Verf. in: Humane Wirtschaft 3/2009, S.6ff
- 8.) vergl. „Umlageverfahren“ in: Verf.: Das kleine Lexikon der ökonomischen Sprachtäuschung. Humane Wirtschaft 1/2012, sowie pad-Verlag, Bergkamen 2012
- 9.) Verf. in: Geld oder Leben 2004, S. 152.

Der Aufsatz erschien in der Zeitschrift „Humane Wirtschaft“, 4/2013